

A20 Wir sichern die Freiheit und bewahren die Vielfalt (In Freiheit und Sicherheit leben: Innenpolitik und Justiz)

Gremium: LaVo
Beschlussdatum: 07.12.2020

Text

1 Polizei

2 Die Thüringer Polizist*innen erfüllen eine wichtige und verantwortungsvolle
3 Aufgabe. Wir BÜNDNISGRÜNE wollen sie dabei unterstützen, professionelle und
4 bürger*innennahe Arbeit zu leisten. Deshalb haben wir in den vergangenen Jahren
5 kontinuierlich die Einstellungszahlen bei der Polizei erhöht und damit den
6 Personalabbau der CDU-geführten Vorgängerregierung beendet. Die erhöhten
7 Einstellungszahlen stellen allerdings auch das Bildungszentrum der Polizei in
8 Meiningen vor enorme Herausforderungen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, das
9 Bildungszentrum der Polizei wesentlich weiterzuentwickeln und zu stärken. Unter
10 anderem wollen wir darüber diskutieren, ob das Bildungszentrum eine eigene
11 Rechtsfähigkeit bekommt und in wesentlichen Teilen an das
12 Wissenschaftsministerium angegliedert wird. Wir wollen die Forschung auch
13 personell stärken, Professuren einrichten und somit qualifiziertes Personal
14 halten. Die Anzahl der Dozent*innen muss auch quantitativ steigen. Wir werden
15 daher für eine Verbesserung der baulichen Situation sorgen und sicherstellen,
16 dass eine gute und fundierte Ausbildung weiterhin gewährleistet ist. Eine
17 bürger*innennahe Polizei ist so vielfältig wie die Bürger*innen im Land. Wir
18 wollen mehr Frauen, queere Personen und mehr Menschen mit Migrationshintergrund
19 für den Polizeidienst gewinnen.

20 Zudem wurde die persönliche Schutzausrüstung der Polizist*innen entscheidend
21 verbessert. Diesen Weg werden wir weitergehen und die **technische Ausstattung der**
22 **Polizei**, insbesondere mit modernen Kommunikationsgeräten, verbessern. So können
23 die Polizist*innen einen Teil ihrer Arbeit auch unterwegs erledigen und nicht
24 erst in der Dienststelle. Wir lehnen die Einführung von Tasern strikt ab. Den
25 Einsatz von Überwachungsdrohnen sehen wir kritisch und wollen sie nur unter
26 strikten gesetzlichen Regelungen zulassen. Zu einer modernen und
27 bürger*innennahen Polizei gehört für uns auch eine Onlinewache. Dadurch können
28 Bürger*innen Strafanzeigen auch online erstatten und müssen nicht den Weg zur
29 Polizeidienststelle gehen. Die Digitalisierung muss auch bei der Polizei endlich
30 vollständig Einzug halten.

31 Das Vertrauen der Bürger*innen in die Arbeit der Polizei steigt, wenn sie
32 transparent arbeitet. Polizeikräfte sind nicht immer davor gefeit, im Dienst
33 Fehler zu begehen oder unverhältnismäßig zu handeln. Deshalb und um
34 Polizist*innen vor falschen Anschuldigungen zu schützen, haben wir die
35 Kennzeichnungspflicht eingeführt. Diese wollen wir nun auch gesetzlich
36 verankern. Wir wollen die Erfahrungen auswerten und werden diese Erkenntnisse in
37 eine Bundesratsinitiative für eine **bundesweite Kennzeichnungspflicht** einfließen
38 lassen, denn wenn Polizist*innen aus anderen Bundesländern in Thüringen

39 eingesetzt werden, tragen sie aufgrund der dortigen Regelungen oft keine
40 Kennzeichnung. Mit der Einführung der Polizeivertrauensstelle als
41 niedrigschwellige Ansprechstelle für Bürger*innen wurde ein weiterer Baustein
42 für eine transparentere Polizei gesetzt. Wir wollen die Stelle zu einer
43 institutionell-hierarchisch unabhängigen Polizei-Beschwerdestelle auch für
44 Polizeibeamt*innen weiterentwickeln und ihre Befugnisse erweitern. Konkret heißt
45 das, dass diese Stelle nicht nur das Beschwerdemanagement übernehmen und hier
46 auf Mediation setzen soll, sondern im Zweifel auch Ermittlungen gegen
47 Polizist*innen durchführen kann. Um eine stärkere Weisungsunabhängigkeit zu
48 gewährleisten, wollen wir die Stelle am Landtag statt wie bisher im
49 Innenministerium ansiedeln. In der Polizeibeschwerdestelle sollen in Zukunft zum
50 Großteil Mitarbeiter*innen beschäftigt sein, die keine ehemaligen Polizist*innen
51 sind. Nicht zuletzt setzen wir uns auch dafür ein, dass die Stelle weiterhin
52 umfassend Rechenschaft über ihre Tätigkeit ablegt, um selbst dem Anspruch der
53 Transparenz gerecht zu werden. Mit all diesen Maßnahmen wollen wir uns dem Weg
54 anderer europäischer Länder anschließen und auch in Thüringen Polizeigewalt und
55 anderen Arten des Machtmissbrauchs durch Polizist*innen konsequent beugehen.

56 Sicherheit ist ein hohes Gut, sie darf aber nicht gegen Freiheit eingetauscht
57 werden. Wir BÜNDNISGRÜNE beobachten mit Sorge die Verschärfung von
58 Polizeigesetzen und zunehmende Militarisierung in einigen Bundesländern. Für uns
59 ist das der falsche Weg. Wir verfolgen stattdessen weiter die **Novellierung des**
60 **bestehenden Polizeiaufgabengesetzes** mit dem Ziel, ein liberales und
61 bürger*innenrechtsfreundliches Gesetz zu schaffen. Mit der Novellierung wollen
62 wir Standards für das Durchführen polizeilicher Kontrollen festlegen und damit
63 das Racial Profiling gesetzlich verbieten. Die Prävention als wirksamstes Mittel
64 der Kriminalitätsbekämpfung muss weiter gestärkt werden. Zur besseren Bekämpfung
65 von vorurteilsmotivierten Straftaten schlagen wir vor, die Statistik zur
66 Politisch motivierten Kriminalität (PMK) zu überarbeiten und sie mit den bei der
67 Justiz liegenden Daten zu einer Verfahrensverlaufsstatistik zu verknüpfen.
68 Dadurch können diskriminierende und rassistische Tatmotive über die
69 unterschiedlichen Phasen des strafrechtlichen Verfahrensverlaufs nachvollzogen
70 und fundierte Erkenntnisse zur Hasskriminalität gewonnen werden. Ein weiterer
71 Schwerpunkt wird auf dem Schutz der Berufsheimnisträger*innen liegen. Neue
72 Vorschläge in der Innen- und Sicherheitspolitik werden wir immer an drei
73 Kriterien prüfen: Rechtsstaatlichkeit, Verhältnismäßigkeit und Wirksamkeit. So
74 auch die Videoüberwachung. Diese wollen wir nur gezielt und anlassbezogen
75 einsetzen, ihr Einsatz muss kontinuierlich evaluiert werden. Wir lehnen eine
76 Aufweichung bestehender Sicherheitsstandards im IT-Bereich ebenso ab wie den
77 Versuch von Sicherheitsbehörden, Zugang zu End-zu-End-Verschlüsselungen und
78 smart-home-Diensten zu erhalten.

79 Bei der **Aufklärung der Verbrechen des NSU** sowie der Fehler der Behörden bei der
80 Aufklärung ist ein erschreckendes Versagen und befremdliches Aufgabenverständnis
81 des Verfassungsschutzes zutage getreten. Daher haben wir die hochumstrittene V-
82 Mann-Praxis stark eingeschränkt. Die Abschaffung des Verfassungsschutzes werden
83 wir in der nächsten Wahlperiode überprüfen. Hierfür werden wir einen
84 wissenschaftlichen sowie sicherheitspolitischen Diskurs vorantreiben. Wir wollen
85 die **Arbeit des Verfassungsschutzes** daher, vor allem unter Berücksichtigung der
86 Erkenntnisse aus den Untersuchungsausschüssen, weiter kritisch begleiten, uns
87 für die Fortsetzung der angestoßenen Reformen einsetzen und dabei insbesondere
88 die wissenschaftliche Analysefähigkeit weiter stärken. Die Arbeit des NSU-
89 Untersuchungsausschusses in Thüringen hat zwei Wahlperioden gedauert. Aber noch

90 immer sind einige Fragen nicht klar beantwortet, unter anderem die Fragen, wieso
91 ausgerechnet diese Opfer getötet wurden, wer zum NSU-Unterstützer*innennetzwerk
92 gehört hat und inwieweit Verflechtungen mit der organisierten Kriminalität
93 existierten. Wir setzen uns deshalb für eine Fortführung der Aufklärung ein,
94 beispielsweise durch einen weiteren Untersuchungsausschuss in der neuen
95 Legislatur. Als besonderes Zeichen der Verantwortung haben wir die Opfer-
96 Familien des NSU-Terrors in dieser Legislatur mit 1,5 Millionen Euro
97 entschädigt. Weiterhin werden wir prüfen, ob eine bundesweite Enquete-Kommission
98 zum NSU eingerichtet werden kann, um die Erkenntnisse aus den unterschiedlichen
99 Bundesländern und dem Bund zusammenzuführen und offene Fragen zu beantworten.

100 Während sich die Geheimdienste bundesweit immer mehr vernetzen und Informationen
101 austauschen, ist dies für Mitglieder der parlamentarischen Kontrollgremien unter
102 anderem aufgrund von Geheimhaltungsvorschriften nicht möglich. Eine effektive
103 parlamentarische und damit demokratische Kontrolle ist daher derzeit nur sehr
104 begrenzt umsetzbar. Bei gemeinsamen und verbundenen Tätigkeiten mehrerer
105 Sicherheitsbehörden beschränkt sich die jeweilige parlamentarische Kontrolle nur
106 auf die Teilarbeit der dem jeweiligen Land oder dem Bund zugeordneten Behörde.
107 Wir werden uns dafür einsetzen, dass Geheimhaltungsvorschriften und die
108 zugehörigen Gesetze so verändert werden, dass ein regelmäßiger Austausch der
109 Kontrollgremien untereinander möglich wird. Erst dadurch kann eine effektive
110 Kontrolle der Geheimdienste gewährleistet werden. Dazu werden wir eine
111 Bundesratsinitiative anstoßen und wenn diese erfolgreich ist, die nötigen
112 Änderungen im Thüringer Verfassungsschutzgesetz vornehmen.

113 Auch durch die Polizei werden Vertrauenspersonen ähnlich wie beim
114 Verfassungsschutz eingesetzt. Diese Polizeipraxis untersteht keiner
115 parlamentarischen Kontrolle. Der Anschlag auf den Breitscheidplatz in Berlin und
116 der Einsatz von Vertrauenspersonen der Polizei im Umfeld des Täters haben
117 gezeigt, dass auch in diesem Bereich der Sicherheitsarchitektur eine
118 parlamentarische Kontrolle notwendig ist.

119 Rechtsextremismus

120 Die Ausprägungen des Rechtsextremismus in Thüringen sind vielfältig und
121 facettenreich. Neben den Rechts-Rock-Konzerten, die Tausende Neonazis nach
122 Thüringen ziehen, treffen sich Rechtsesoteriker*innen. Reichsbürger*innen
123 organisieren sich in Vereinen und die völkische Bewegung strebt an, ihre
124 Siedlungen auszubauen. Die Gefahr von Rechts für unsere Demokratie ist stets da,
125 in Beleidigungen, Körperverletzungen und Morden, in Bestrebungen, ihre
126 menschenfeindliche Ideologie zu verbreiten. Deswegen bleiben wir als
127 BÜNDNISGRÜNE weiterhin wachsam, beobachten die Entwicklungen in der extrem
128 rechten Szene aufmerksam und lehnen rassistisches und menschenfeindliches
129 Gedankengut jeglicher Form ab.

130 Die Veranstaltung großer **Rechts-Rock-Konzerte** in Thüringen führt wegen ihrer
131 Verherrlichung rechtsextremer Ideologie immer wieder zu unrühmlicher
132 Aufmerksamkeit in den bundesweiten Medien. Genauso erfährt aber der großartige
133 zivilgesellschaftliche Protest gegen diese Veranstaltung viel Anerkennung. Wir
134 stehen fest an der Seite der Protestierenden und werden dieses
135 zivilgesellschaftliche Engagement weiter stärken. Denn das ist eine wichtige
136 Form der Auseinandersetzung gegen Hass und Hetze. Die Einführung eines
137 Versammlungsrechts zur Verhinderung von Rechts-Rock-Konzerten lehnen wir jedoch
138 ab. Statt eines solchen Versammlungsverhinderungsgesetzes werden wir ein

139 liberales Versammlungsfreiheitsgesetz für Thüringen erarbeiten und
140 verabschieden.

141 In den letzten Jahren werden Kampfsportveranstaltungen wie Boxen, K-1 oder Mixed
142 Martial Arts (MMA) immer mehr ein integrativer Teil von Rechts-Rock-
143 Veranstaltungen. Kampfsport muss in der Fortsetzung der Wehrsportübungen gesehen
144 werden und zieht extreme Rechte an, weil dieser dem Straßenkampf am nächsten
145 ist. Eine öffentliche Aufmerksamkeit für das Thema ist noch wenig vorhanden,
146 besonders dann, wenn extreme Rechte Kampfsportkurse für Minderjährige anbieten.
147 Deswegen braucht es **Sensibilisierungsangebote für Sport- und Kampfsportvereine**
148 sowie für Veranstaltungsorganisator*innen. Kampfsportveranstaltungen dürfen
149 keine Orte werden, wo Sportler*innen zu szenetypischer Musik einlaufen und
150 rechtsextreme Symbole als Tattoos oder auf Kleidung gezeigt werden können.

151 Deswegen bleibt Prävention durch Aufklärung eine der wichtigsten Maßnahmen gegen
152 rechte Ideologien. Diese haben sich in ihren Erscheinungsformen sichtbar
153 vervielfältigt. Die finanzielle Stärkung der **Forschungs- und Beratungsstrukturen**
154 **gegen Rechtsextremismus** in Thüringen ist uns BÜNDNISGRÜNEN ein wichtiges
155 Anliegen.

156 Staatliche Sicherheitsbehörden sind gegen extreme Rechte nicht immun. Das haben
157 die Enthüllungen in den letzten Monaten über rechte Netzwerke in den
158 Streitkräften und in der Polizei gezeigt. Eine wissenschaftliche Grundlage über
159 extreme Rechte und rassistische Einstellungen in den Sicherheitsbehörden gibt es
160 nicht. Eine belastbare Datengrundlage ist daher durch eine unabhängige
161 Forschungsstelle zu schaffen.

162 Feuerwehr

163 Die Feuerwehren sind nicht nur Rückgrat der Brandbekämpfung und des
164 Katastrophenschutzes, die Freiwilligen Feuerwehren leisten darüber hinaus einen
165 unschätzbaren Beitrag zum Gemeinwohl in den Städten und Dörfern. Wir werden
166 denen, die uns helfen, den Rücken stärken und ihnen helfen, ihren Nachwuchs zu
167 sichern. Dies funktioniert einerseits durch eine verbesserte Jugendarbeit, wir
168 wollen aber auch den ehrenamtlichen Einsatz in der Feuerwehr für Gruppen wie
169 Frauen und Migrant*innen interessanter machen, die dort bisher
170 unterrepräsentiert sind.

171 Für ihre Einsätze sind die Feuerwehren auf eine **moderne Ausstattung** angewiesen.
172 Die Erneuerung ihres Fuhrparks kommt bereits gut voran. Jedoch stehen gerade
173 kleinere Feuerwehren oft vor dem Problem, dass sie moderne Fahrzeuge nicht in
174 den vorhandenen Stellplätzen unterbringen oder ausreichend Schutzkleidung
175 anschaffen können. Wir wollen die Kommunen hier gezielt unterstützen, damit sie
176 ihre Gebäude an die neuen Herausforderungen anpassen können. Die
177 **Landesfeuerwehrschule** leidet seit Jahren an einer ungenügenden
178 Personalausstattung, viele Lehrgänge fallen aus. Wir haben deshalb bereits neue
179 Stellen an der Schule geschaffen, leider ist die Suche nach Bewerber*innen aber
180 schwer. Um den Dienst hier attraktiver zu gestalten, wollen wir die Vergütung
181 der Lehrkräfte verbessern und mit anderen Bundesländern kooperieren.

182 In immer mehr Kommunen ist die Feuerwehr zugleich **Partnerin der örtlichen**
183 **Wasserwehr**. Da, wo es Wasserwehren gibt, sind die Kommunen besser gegen
184 Hochwasser gewappnet. Wir werden den Kommunen mit dem Wassergesetz weiterhelfen,
185 solche Wasserwehren zur Sicherheit der Menschen zu etablieren.

186 Justiz

187 Das Vertrauen der Bürger*innen in eine funktionierende unabhängige Justiz ist
188 das Fundament für einen lebensfähigen Rechtsstaat. Nach Jahren des
189 Personalabbaus haben wir deshalb in der aktuellen Legislatur die
190 Leistungsfähigkeit von Justiz und Justizvollzug durch mehr Personal, die
191 Erhöhung der Auszubildendenplätze und bessere Ausstattung gestärkt. Es gibt
192 bereits jetzt mehr als 130 neue Richter*innen und Staatsanwält*innen in
193 Thüringen, die dazu beitragen, dass Verfahren schnell und rechtsstaatlich
194 durchgeführt werden und der demografischen Wandel eingeleitet wurde. Den „Pakt
195 für den Rechtsstaat“ werden wir umsetzen. Neben den klassischen Mitteln der
196 Streitbeilegung wollen wir außergerichtliche Möglichkeiten, wie Schlichtung und
197 Mediation, ausbauen und stärken. Richter*innen sollen dazu ermutigt werden, sich
198 auf diesen Gebieten weiterzubilden und dort tätig zu werden.

199 Trotzdem wird der Bedarf an qualifiziertem Personal in der Justiz in den
200 kommenden Jahren weiter steigen. Deshalb gilt es schon heute, den Nachwuchs von
201 morgen auszubilden. Um zukünftig selbst noch ausreichend qualifizierte
202 Richter*innen und Staatsanwält*innen für die Thüringer Justiz ausbilden zu
203 können, müssen wir das Studium und das Referendariat modernisieren. Schriftliche
204 Prüfungen sollten im 21. Jahrhundert selbstverständlich digital geschrieben
205 werden können, wie es Sachsen-Anhalt mit dem Examen 2.0 bereits vormacht.
206 Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass die Verbeamtung von
207 Referendar*innen auf Widerruf wieder eingeführt wird und die
208 Nebenbeschäftigungsmöglichkeiten attraktiver werden. Für die Ausbildung von
209 ausreichend Justizmitarbeiter*innen und Beschäftigten im Justizvollzug werden
210 wir in den kommenden Jahren mit bis zu 30 Plätzen pro Jahr um geeignete
211 Kandidat*innen werben. Die Mittel für Justiz im Landeshaushalt werden wir
212 deshalb weiter erhöhen. Sie dienen der angemessenen Entlohnung, der Schaffung
213 neuer Stellen, der besseren Ausstattung sowie der notwendigen Sanierung von
214 Gerichtsgebäuden und Justizvollzugsanstalten. Den Staatsvertrag mit Sachsen zum
215 Bau einer gemeinsamen Justizvollzugsanstalt wollen wir nachverhandeln mit dem
216 Ziel eines eigenen Neubaus in Ostthüringen. Die Thüringer Justiz wollen wir fit
217 für die digitale Zukunft machen. Die flächendeckende Einführung der
218 elektronischen Akte werden wir weiter forcieren und die Gerichtsgebäude mit
219 öffentlich zugänglichem WLAN ausstatten.

220 Wir BÜNDNISGRÜNE stehen für eine **moderne, effiziente, bürger*innennahe Justiz**,
221 die durch ein System vorsorgender Rechtspflege und gezielter Prävention ergänzt
222 wird. Die Prävention von Kriminalität lohnt sich, durch sie werden Verbrechen
223 gar nicht erst begangen. Das schließt die Gewalt- und Suchtprävention für
224 Jugendliche und junge Erwachsene mit ein. Für Bagatelldelikte wie zum Beispiel
225 Schwarzfahren wollen wir Haft- oder Ersatzfreiheitsstrafen mit anderen, auch
226 außergerichtlichen Konsequenzen vermeiden. Wir unterstützen die Initiative für
227 ein Cannabis-Kontrollgesetz, um einen kontrollierten, legalen Markt für Cannabis
228 zu schaffen. Erwachsene Konsument*innen werden auf diese Weise entkriminalisiert
229 und der illegale Verkauf an Kinder und Jugendliche eingedämmt. Diese Maßnahmen
230 sind nicht nur gesellschaftlich geboten, sie entlasten auch den Strafvollzug.

231 Selbst unter den menschenmöglich besten Umständen unterlaufen Menschen manchmal
232 Fehler, leider auch in der Justiz. Wir werden einen
233 **Justizopferentschädigungsfonds** einrichten, damit wenigstens die materiellen
234 Folgen von Fehlurteilen ausgeglichen werden können.

235 Die **Resozialisierung straffällig gewordener Personen**, die Begleitung ihrer
236 Rückkehr in die Gesellschaft, ist eine der zentralen Aufgaben des Strafvollzugs.

237 Eine gute Resozialisierung beginnt mit dem ersten Tag der Haft, nicht erst mit
238 der Haftentlassung. Sie senkt das Rückfallrisiko und dient damit dem Schutz
239 Betroffener. Wir wollen deshalb Therapie-, Bildungs- und Qualifizierungsangebote
240 noch besser in den Strafvollzug integrieren. Die Resozialisierung hat in der
241 Gegenwart auch eine digitale Komponente. Haft darf nicht automatisch ein
242 Offline-Leben bedeuten. Außerdem wollen wir auch eine unabhängige muslimische
243 Gefängnisseelsorge sicherstellen.

244 Nach einer Haft sind Ausbildung, Job, Wohnung und hilfreiche Sozialkontakte die
245 entscheidenden Kriterien für einen gelingenden Übergang in ein Leben ohne
246 Kriminalität. Deshalb wollen wir die Betreuungsangebote nach der Haftentlassung
247 deutlich verbessern. Besonders wichtig sind uns funktionierende Netzwerke, die
248 eine durchgängige Betreuung und die Zusammenarbeit aller betroffenen Behörden in
249 und nach dem Strafvollzug sicherstellen. Das „Professionelle
250 Übergangsmanagement“ ist in diesem Bereich sehr erfolgreich. Wir wollen es
251 weiterentwickeln, landesweit ausbauen und verstetigen. Hierfür werden wir ein
252 Landesresozialisierungsgesetz erarbeiten, um die vielen Akteur*innen in diesem
253 Bereich wesentlich besser auszustatten, zu unterstützen und zu vernetzen.